

**Bietet die FR der AfD jetzt eine Spielwiese?**

Ich bin so empört und wütend, dass ich meinen ersten Leserbrief in gut 40 Jahren FR-Abo schreibe. Der Blick in die Zeitung war ein wirklicher Schock. Meint die Verlagsleitung wirklich, sie müsse dem unsäglichen Agieren der AfD und dumpf „besorgter“ Querdenker in der FR eine Spielwiese bieten? Am Informationsgehalt des Anzeigeninhalts kann es nicht liegen, die Sichtweise der AfD, verkürzend und verdreht, ist sattem bekannt. Anzeigen kann man annehmen – oder eben ablehnen. Genau das hätte ich erwartet und als selbstverständliche Grundhaltung der Verlagsleitung bislang vorausgesetzt. Es ist unfassbar! Hätte ich mir bislang keine Gedanken gemacht über den Zustand unserer Gesellschaft, jetzt wüsste ich, wie dringend notwendig das ist. Eva Schichtel, Frankfurt

**Meine volle Solidarität gilt der FR-Redaktion**

In besonders schwierigen Zeiten für Zeitungen haben es Verleger und Geschäftsführer der Frankfurter Rundschau in kürzester Zeit vermocht, die Redaktion der FR zweimal öffentlich zu diskreditieren. Zunächst durch das Veröffentlichungsverbot brisanter Rechercheergebnisse des Ippen-Investigativteams zur Bild-Zeitung, die die Redaktion veröffentlichten wollte. Und jetzt durch die Veröffentlichung einer ganzseitigen Anzeige der rechtsextremen Partei „Alternative für Deutschland“. Die Redaktion der FR bemüht sich intensiv, ihr unabhängiges, linksliberales Profil zu schärfen (Stichwort „Haltung zeigen“, Veröffentlichung investigativer Inhalte, neue Blatinhalte und -gestaltung etc.), um ihre Existenz auch als überregionales Blatt zu sichern. Jetzt wurde dieser Kurs öffentlich in Frage gestellt und die Redaktion düpiert. Das Investigationsteam hat die Konsequenzen bereits gezogen und verstärkt in Zukunft Wettbewerber und damit die Konzentration des Zeitungs-/Medienmarkts. Oder ist es vielleicht gerade gewünscht, die überregionalen Ambitionen der FR-Redaktion endgültig zu stützen und sie als reine Regionalzeitung weiterzuführen? Als Abonnent seit 50 Jahren nehme ich das nicht folgenlos hin. Immer nur eine Entschuldigung, aktuell eine Entschuldigung der Geschäftsführung, und das Bekenntnis, in Zukunft keine AfD-Anzeigen mehr zu ermöglichen, reicht nicht. Es muss ein klares Bekenntnis zum Kurs der Zeitung seitens des Verlegers erfolgen. Meine volle Solidarität gilt der FR-Redaktion!

Rüdiger Metzger-Thessen, Lahr

**Ich protestiere gegen diese Veröffentlichung!**

Die Veröffentlichung eines ganzseitigen Pamphlets der rechtsextremen AfD auf Seite 15 der FR vom 26.1. ist ein Schlag ins Gesicht der Leser:innen. Dass der Verlag im Kleingedruckten die Annahme der Anzeige kommentierend rechtfertigt, macht die Sache nicht besser. Im Gegenteil: Die Schlussbemerkung, eine kritische Bewertung stehe mir als Leser zu, empfinde ich als perfiden Versuch der Bevormundung. Die Distanzierung der Redaktion



**Einhalt dem rechten Mob: „Ja, machen wir!“, schreibt Michael Hafkemeyer (r.) aus Hamburg.** LEO SCHNEIDER

# Faschismus ist keine Meinung!

Eine AfD-Anzeige zum Thema Impfen hat viele Reaktionen ausgelöst

im Kästchen auf der vorherigen Seite bestärkt die Absurdität des Ganzen. Die von Antifaschisten gegründete FR ist die letzte Zeitung, von der ich erwartet hätte, dass sie einer Partei ein Forum gibt, die klar rechtsextreme Positionen vertritt und deren Thüringer Fraktionsvorsitzender rechtmäßig als Faschist bezeichnet werden darf.

Mit Nachdruck protestiere ich gegen die Veröffentlichung! Die Trennung von Redaktion und Anzeigenabteilung spielt für mich in diesem Fall keine Rolle. Ich empfinde es als Schande, die stets intensiv gegen Rechts auftretende Zeitung mit Geld aus eben dieser Ecke finanziert zu wissen.

Roland Wolter, Rethem

**In letzter Zeit wurden rote Linien verschoben**

Das war schon schwerverdauliche Kost am 26. Januar in der FR mit der Anzeige der AfD. Aber die Reaktion des Redaktionsteams war schon enttäuschend, gerade mal ein kurzes statement im 4,5 x 3,5 cm Kasten. Aber der Leser wird für dumm gehalten, strikte Trennung zwischen Redaktion und Anzeigenabteilung steht dort. Aber es ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen.

Der Verlag hätte den Anzeigenauftrag ablehnen können, aber da sind bei der Frankfurter Rundschau und deren Eigentümer Ippen in letzter Zeit rote Linien verschoben worden. Die Enthüllungsgeschichte über Springer durfte in der FR nicht gedruckt werden. Jetzt die AfD-Anzeige. Was passiert: Die Redaktion bedauert die Nichtveröffentlichung, distanziert sich wegen der Anzeige. Das Investigativ Team hat sich

schon vom Ippen-Verlag verabschiedet.

Dem Kommentar von Daniela Vates kann ich vollumfänglich zustimmen, aber exemplarisch für ihr Team frage ich mich, wie wird es ihr am Monatsende gehen, wenn sie ihren Gehaltszettel in Händen hält? Das Gefühl zu haben, dass die Entlohnung auch zu einem Teil von der AfD finanziert wurde.

Achim Burbach, Friedrichsdorf

**Widersprüchliche Rundschau**

Mit Erstaunen und Unverständnis habe ich die AfD-Anzeige zur Kenntnis genommen. Wie kann es sein, dass eine sozialliberale Zeitung mit dem Hinweis auf ihre redaktionelle Unabhängigkeit Werbung für eine Partei veröffentlicht, in der Faschisten und Verfassungsfeinde mitwirken? Auf den Meinungsseiten und den Leitartikeln grenzt sich die FR regelmäßig von dieser Partei ab und greift in ihren Berichten immer wieder Themen auf, die zeigen wie sehr diese Partei mit rechtsradikalen Randalierern auf der Straße sympathisiert. In schönen Kommentaren wird an alle Demokraten appelliert, die Demokratie gegen alle Demokratiefreunden zu verteidigen und demokratiefeindlichen Parteien keinen Raum zu geben. Wie vertragen sich diese Kommentare damit, dass die FR selber einer solchen Partei eine komplette Seite einräumt und damit an einem einzigen Tag das wieder umstößt, was mühsames Engagement von Bürgern und Bürgerinnen in vielen Wochen und Monaten vielleicht aufgebaut hat?

Karl-Hermann Hörner, Dinklage

**Ich hoffe, Sie haben künftig ein besseres Händchen**

Auch ich gehöre als langjähriger Abonnent zu den Lesern der FR, die die in Ihrem Blatt veröffentlichte AfD-Anzeige mit großer Irritation aufgenommen haben. Die Formulierung Ihres Geschäftsführers Max Rempel, in der Ausgabe vom 28.1. „In eigener Sache“, dass die Veröffentlichung der AfD-Anzeige nicht nur in der Leserschaft, sondern auch in der Redaktion für große Verärgerung gesorgt hat, lässt den Schluss zu, dass Sie intern in der Causa offenbar nicht gut „aufgestellt“ waren. Ich hoffe, Sie haben in Zukunft in ähnlich gelagerten Situationen einen glücklicheren Umgang.

Peter Schwick, Frankfurt

**Erleichtert über die Distanzierung der Redaktion**

Schockiert betrachtete ich die ganzseitige Anzeige der AfD in meiner FR, nahm dann aber etwas erleichtert die Anmerkungen von Verlag und Redaktion zur Kenntnis.

Mit der verleumderischen Booster-Karte will uns die AfD vormachen, dass wir uns nicht nur einmal boostern lassen sollten, sondern es in Wirklichkeit auf zehn Impfungen hinauslaufen könnte. Na und? Selbst wenn das wahr werden sollte, entkräftet es nicht die Argumente für eine weitere Anti-Covid-Impfung. Es geht eben nicht (nur) um eine „individuelle Nutzen-Risiko-Abwägung“, es geht um solidarisches Handeln. Also auch darum, dass ich einem anderen Mitglied unserer Gesellschaft, – und sei es ein AfD-Wähler –, nicht eventuell ein Krankenhausbett streitig mache,

indem ich nach meiner Impfverweigerung selbst schwer erkrankte. Elena Ezeani, Bremen

**Grundsätzliche Fragen nach dem Demokratieverständnis**

Auch wenn sich die Redaktion von der AfD-Anzeige deutlich distanziert hat, verbleibt die grundsätzliche Frage nach dem Demokratieverständnis von Verleger, Verlagsleitung und Anzeigenleitung. Zwar wurde diese unsägliche Partei in demokratischen Wahlen gewählt, aber dadurch wurde sie selbst nicht demokratisch. Vielmehr installiert sie dort ein Terrorsystem gegen den Rechtsstaat. Ähnliches galt bereits für die Reichstagswahl vom 5. März 1933, aus der die NSDAP als stärkste Fraktion hervorging. Sie wurde davor und danach maßgeblich unterstützt durch Pressekonzerne. Ist jetzt Dirk Ippen in die Rolle Alfred Hugenbergs geschlüpft? Es hat den Anschein, dass zumindest die Gefahr besteht. Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

**Bleiben Sie bitte eine freie Presse!**

Erst nach Ihrer Sparte „In eigener Sache“ am 28.1. habe ich mir die AfD-Anzeige in der FR nochmals gründlich angesehen. Ich kann damit ohne Probleme leben. Es ist eine Meinung – ganz und gar nicht meine. Ich bin kein AfD-Anhänger, sondern das Gegenteil davon. Zumal Sie ja auch noch unter die Anzeige die „Anmerkung der Redaktion“ gesetzt haben. Mit der Sparte „In eigener Sache“ machen sie die ganze Sache erstmal schlimmer. Natürlich muss man jederzeit seine Meinung frei sagen können, auch die AfD, soweit die Aussagen nicht rassistisch oder gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind. Die FR ist keine Parteizeitung, auch wenn sie linksliberal gerichtet ist. So habe ich sie immer begriffen, und so sollte es auch bleiben. In diesem Sinne: Bleiben sie bitte eine freie Presse! Dieter Hielscher, Eppstein

**Keine gemeinsame Sache mit Rassisten**

Sehr geehrte Verlagsverantwortliche, gehört es zu den Grundsätzen Ihres Verlages, einer Partei ein Podium zu bieten, in deren Reihen sich Rassisten und Faschisten tummeln? Die Berufung darauf, die Veröffentlichung der Anzeige sei Teil der geltenden Meinungsfreiheit, dient m.E. vielmehr der Rechtfertigung, auch von dieser Anzeigenklientel Anzeigenhonorare einnehmen zu können. Im Sinne der Meinungsfreiheit zu agieren ist Aufgabe und Verantwortung der Redaktion (dort liegt offensichtlich auch die Kompetenz). Aufgabe und Verantwortung des Verlags ist es, bei aller Fürsorge für die Wirtschaftlichkeit, nicht außer acht zu lassen, woher das Geld kommt. In diesem Sinne: Keine gemeinsame Sache mit Rassisten und Faschisten! Elisabeth Aporta, Frankfurt

**Anmerkung der Redaktion:** Die FR hat am 26.1. auf S. 15 eine Anzeige der AfD abgedruckt. Am 28.1. hat die Geschäftsführung für diesen Fehler um Entschuldigung gebeten und angekündigt, dass es künftig keine AfD-Anzeigen in der FR mehr geben wird.

**Diskussion:** frblog.de/afd-anzeige